



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 07.08.2026 bis 14.08.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: 5 Jahre Taliban-Regime	3
ARMENIEN: Prozess gegen Katholikos und sechs Bischöfe – ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche	4
Deutschland: Allianzkonferenz in Bad Blankenburg	5
Deutschland: SPD-Politiker Hikel kritisiert Islamismus-Kurs seiner Partei	6
Großbritannien: Schottische Missionarin in Athen tot aufgefunden	7
Großbritannien: Wegen „Jesus Loves You“-Aufkleber: Kfz-Versicherer verweigert Schutz	8
Israel: Israelische Armee riegelt christliches Dorf ab	9
Italien: Katholische Bestattung für zwei Freimaurer abgelehnt	10
Kanada: Sterbehilfe - Familie erhebt schwere Vorwürfe gegen Pflegeheim	11
Kolumbien: Nach Erdbeben - Christliche Werke starten Hilfe für Kolumbien	12
Nigeria: Gericht schützt Christin vor Verhaftung durch Religionspolizei	13
Pakistan: Christin kämpft gegen Zwangsheirat	14
Russland: Landesweiter Anstieg willkürlicher Ablehnungen von Anträgen auf zivilen Wehersatzdienst	16
Spanien: Ceuta - Christen helfen bei der Versorgung von Migranten	17
Spanien: Migrationskrise in Ceuta	18
Sudan: Zwei entführte Kirchenführer wieder frei	20
Syrien: Hilfswerk beklagt schleichende Islamisierung	22
Tansania: Unzureichende intakte Schulgebäude	24
Thailand: Zwei israelische Frauen angegriffen	25
USA: Bethel Church stoppt Verkauf von umstrittener Bibelübersetzung	26
USA: Bundesstaat Massachusetts erlaubt Abtreibungen bis zur Geburt	27
Weltweit: Religionsfreiheit ist kein „Recht der Frommen“	28

Afghanistan: 5 Jahre Taliban-Regime

Vor fünf Jahren marschierten die Taliban in Kabul ein und übernahmen damit die Macht in Afghanistan. Hilfswerke warnen vor der katastrophalen humanitären Lage – und kritisieren die Afghanistan-Politik der Bundesregierung.

Fünf Jahre nach der Machtübernahme der Taliban leben laut Hilfsorganisationen große Teile der afghanischen Bevölkerung unter katastrophalen Bedingungen. Afghanistan sei «Schauplatz einer der größten humanitären Krisen der Welt», erklärte Caritas International am Mittwoch.

«Systematische Ausgrenzung von Frauen»

Vor fünf Jahren, am 15. August 2021, hatten die radikalislamischen Taliban die Hauptstadt Kabul eingenommen. Nach einem jahrelangen Krieg übernahmen sie mit dem Abzug der internationalen Militärallianz unter Führung der USA wieder die Macht in ganz Afghanistan. Auch die Bundeswehr war rund 20 Jahre an dem Einsatz beteiligt.

Veronika Staudacher ist Caritas-Büroleiterin in der afghanischen Hauptstadt Kabul. Sie kritisierte eine «systematische Ausgrenzung von Frauen aus dem öffentlichen Leben» sowie berufliche und schulische Verbote. Dies nehme dem Land «jede Zukunftsaussichten». Frauen und Mädchen seien zunehmend von Depressionen betroffen, da ihnen jede Zukunftsperspektive verwehrt wird, betont das Hilfswerk Misereor.

«Die Ernährungs- und Einkommenssituation im Land ist dramatisch», fügte Staudacher hinzu. Fehlende Arbeitsplätze und fünf Dürrejahre in Folge hätten die Bevölkerung weiter verarmt und die Mangelernährung verfestigt.

Kritik an deutscher Afghanistan-Politik

[Misereor](#) kritisierte derweil die Afghanistan-Politik der Bundesregierung. Das katholische Hilfswerk warf der Bundesregierung eine zunehmend direkte Anerkennung und „de facto“ Zusammenarbeit mit dem islamistischen Regime vor und verwies etwa auf Abstimmungen über Abschiebungen: Falls die Taliban keine weiteren Diplomaten entsenden können, würden sie geplante Abschiebeflüge nach Afghanistan absagen, so der Vorwurf.

«Das Signal aus Deutschland ist die Anerkennung des Unrechtregimes statt Solidarität und Unterstützung für die leidende Bevölkerung», erklärte Misereor-Geschäftsführer Bernd Bornhorst. Laut dem Hilfswerk würden zudem auch afghanische Staatsangehörige ohne Vorstrafen abgeschoben. Ferner kritisierten sie, dass die Regierung Taliban-Anhängern Leiterposten in der Botschaft in Berlin oder im Konsulat in Bonn geben würde.

Laut den Vereinten Nationen benötigen knapp 22 Millionen Menschen in Afghanistan humanitäre Hilfe, etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung.

Taliban legalisieren Gewalt gegen Frauen und Kinder

Ein neues Taliban-Gesetz erklärt Gewalt gegen Frauen zur Privatsache und kriminalisiert Andersdenkende. Die UNO spricht von einem „Friedhof für Menschenrechte“.

Quelle: jesus.de

ARMENIEN: Prozess gegen Katholikos und sechs Bischöfe – ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche

AKREF-A/IIRF-D/Tübingen/08.08.2026 - Die Staatsanwaltschaft hat ein Strafverfahren gegen das Oberhaupt der Armenisch-Apostolischen Kirche, Katholikos Karekin und gegen sechs weitere Erzbischöfe und Bischöfe, die Mitglieder des Obersten Geistlichen Rates der Kirche sind, eingeleitet. Den sieben Angeklagten wird vorgeworfen, sich geweigert zu haben, den entlassenen Bischof Gevorg Saroyan wieder in sein Amt einzusetzen, der gegen seine Entlassung geklagt hatte und damit einer gerichtlichen Anordnung nicht Folge geleistet zu haben. Allerdings fallen Klagen abgesetzter Priester nicht in den Zuständigkeitsbereich der Zivilgerichte. Im Falle einer Verurteilung droht den sieben Angeklagten eine Höchststrafe von zwei Jahren Gefängnis. Richter Hakob Manukyan vom erstinstanzlichen Gericht der Region Armavir in Etschmiadsin hat für den Nachmittag des 7. August eine Anhörung zur Vorbereitung der öffentlichen Hauptverhandlung angesetzt. Das Gericht, vor dem das Verfahren stattfinden soll, befindet sich weniger als einen Kilometer vom landesweiten geistlichen und administrativen Zentrum der Armenisch-Apostolischen Kirche.

Der bevorstehende Prozess findet vor dem Hintergrund schwerer Spannungen zwischen der Führung der Armenisch-Apostolischen Kirche und Ministerpräsident Nikol Paschinjan statt. Sowohl Katholikos Karekin als auch Ministerpräsident Paschinjan haben wiederholt den jeweils anderen zum Rücktritt aufgefordert.

Sowohl die Verfassung als auch das Religionsgesetz garantieren die Trennung von Kirche bzw. Religionsgemeinschaften und Staat. Auch Armeniens internationale Menschenrechtsverpflichtungen fordern die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften.

Die Rechtsanwältin Armine Fanyan, die zwei der angeklagten Bischöfe vertritt, erklärte mit Nachdruck, dass alle sieben Angeklagten freigesprochen werden sollten. „Der Prozess ist offensichtlich rechtswidrig“, erklärte sie gegenüber Forum 18.

Auch Isabella Sargsyan von der Eurasia Partnership Foundation äußert ihre Besorgnis über den Prozess. „Der Fall steht von Anfang an nicht im Einklang mit internationalen Standards zur Religions- oder Glaubensfreiheit und verletzt das Selbstbestimmungsrecht religiöser Institutionen“, sagte sie gegenüber Forum 18. „Der Staat darf sich nicht in die Hierarchie religiöser Institutionen einmischen. Klagen ihres Amtes enthobener Priester fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Zivilgerichte.“

Der einzige bekannte Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen, der Baptist Davit Nazaretyan verbüßt noch seine zweijährige Haftstrafe bis zum 20. August. Sein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist anhängig. Der Prozess gegen einen anderen Wehrdienstverweigerer, den Molokanen Ivan Mikhailov wurde immer wieder verschoben und soll nun am 7. Oktober stattfinden.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 7. August 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Deutschland: Allianzkonferenz in Bad Blankenburg

Evangelische Allianz feierte 140 Jahre Konferenz in Bad Blankenburg

Bereits 1886 begründet, bringt die Allianzkonferenz in Bad Blankenburg bis heute Christen über alle Gemeinde- und Konfessionsgrenzen hinweg zusammen. Sie will Antworten auf die Fragen der Gegenwart geben.

Die Allianzkonferenz will ihr historisches Erbe nutzen, um auch künftig Christen über Kirchengrenzen hinweg zusammenzubringen und Orientierung in gesellschaftlichen Fragen zu geben. Ziel sei es, die gewachsene Tradition verantwortungsvoll weiterzuführen und zugleich Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu finden, sagte der Vorstand der Evangelischen Allianz Deutschland, Reinhardt Schink, anlässlich der 130. Auflage des Jahreskongresses am Samstagabend in Bad Blankenburg.

Schink betonte, insgesamt 140 Jahre Allianzkonferenz stünden für „Beständigkeit und Erneuerung zugleich“. Generationen von Christen hätten den Ort geprägt. Es gehe nun darum, das Erbe weiterzuführen und sich den Fragen der Gegenwart zu stellen. Von der Konferenz gingen Impulse aus, die Menschen verändert in ihren Alltag mitnahmen und die auch Auswirkungen auf die Gesellschaft hätten.

Impulse für kommende Generationen

Unter dem Motto „Gemeinsam durch die Zeit“ blickten die Teilnehmer auf die Geschichte der ältesten Bibelkonferenz Deutschlands zurück. 1886 hatte Anna von Weling (1837–1900) erstmals zu einer Allianzkonferenz nach Bad Blankenburg eingeladen und damit den Grundstein für die bis heute bestehende Tradition gelegt. Der Landesbischof Friedrich Kramer der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) würdigte den Ort als „Ort der Zurüstung im Glauben, des gemeinsamen Gebets und der Einheit“.

Quelle: Pro Das christliche Medienmagazin

Deutschland: SPD-Politiker Hikel kritisiert Islamismus-Kurs seiner Partei

Neuköllner Bürgermeister: Partei will politischen Islam einbinden statt bekämpfen

Berlin (IDEA) – Der scheidende Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Martin Hikel (SPD), hat den Umgang seiner Partei mit dem Islamismus scharf kritisiert. In der SPD herrsche ein „identitätspolitischer Ansatz“ vor, sagte Hikel in einem Interview mit „Focus Online“. Dieser Ansatz bedeute, „den Islamismus einzubinden, anstatt den politischen Islam zu bekämpfen. So schreitet diese Unterwanderung im Sinne des orthodoxen Islam gesellschaftlich fort.“ Er bedauere diese Entwicklung und sehe darin einen Schaden für Parteien links der Mitte, für SPD und Grüne. „Bei den Linken ist man in der Frage ohnehin hoffnungslos verloren“, so Hikel. Kritisch äußerte er sich auch zum Begriff „antimuslimischer Rassismus“. Dieser werde von bestimmten Akteuren genutzt, um „die Kritik am politischen Islam, am Islamismus als rassistisch zu diffamieren“. Zugleich betonte er, dass Diskriminierung von Muslimen existiere und bekämpft werden müsse.

Rückzug aus der Politik

Hikel ist seit 2018 Bezirksbürgermeister von Neukölln. 2025 trat er vom SPD-Landesvorsitz in Berlin zurück, in den er ein Jahr zuvor gemeinsam mit Nicola Böcker-Giannini gewählt worden war. Zudem kündigte er an, in diesem Jahr nicht erneut als Bezirksbürgermeister anzutreten. Mit seiner kritischen Haltung zur islamistischen Unterwanderung sei er innerhalb der SPD auf viel Widerstand gestoßen. Das habe zu seinem politischen Rückzug beigetragen: „Um politisch bestehen zu können, braucht man die klare Unterstützung seiner Organisation. Sonst können wir nicht glaubwürdig vor den Bürgern sein.“

Großbritannien: Schottische Missionarin in Athen tot aufgefunden

Afghanischer Konvertit unter Mordverdacht festgenommen

Athen/Edinburgh (IDEA) – In Griechenland ist eine evangelikale Missionarin aus Schottland tot aufgefunden worden. Das berichten unterschiedliche Medien. Bei der Frau handelt es sich um die 38-jährige Elisabeth Jane Ross, von Freunden und Verwandten auch Lisa genannt. Ihre Leiche wurde am 18. Juli in einem Koffer in einem verlassenen Gebäude im Athener Stadtteil Kypseli entdeckt. Ross lebte in Edinburgh und reiste der britischen Nachrichtenplattform „Premier Christian News“ zufolge regelmäßig nach Griechenland, um Flüchtlingszentren und misshandelte Frauen zu unterstützen. Sie sei am 26. Juni in Griechenland eingetroffen und habe sich zunächst im Gebiet Keratsini nahe Athen aufgehalten. Freunden habe sie mitgeteilt, dass sie amerikanische Bekannte treffen wolle; danach sei sie verschwunden. Die Polizei versuche, die Personen zu identifizieren, mit denen sie verabredet war.

Tatverdächtiger bestreitet die Tötung

Als Tatverdächtiger wurde der 26-jährige afghanische Boxer Sharif Ahmadzai festgenommen. Medienberichten zufolge hatte er zugegeben, Ross' Leiche weggebracht und beseitigt zu haben. Er bestreitet jedoch, sie getötet zu haben. Er behauptet, er habe sie tot in ihrem Badezimmer aufgefunden. Ihm wird außerdem vorgeworfen, mit ihrer Bankkarte mehrere Tausend Euro abgehoben und von ihrem Handy aus Nachrichten verschickt zu haben, um ihre Freunde und Familie davon zu überzeugen, dass sie noch am Leben sei.

Vom afghanischen Waisen zum Konvertiten in Griechenland

Ahmadzai soll mit 15 Jahren Waise geworden sein, nachdem sein Vater, ein Kommandeur der afghanischen Armee, erschossen und seine Mutter sowie seine Geschwister bei einem Selbstmordanschlag in Kabul getötet worden waren. Später sei er über den Iran und die Türkei aus Afghanistan geflohen und habe sich in Griechenland niedergelassen. Dort lernte er seine spätere Ehefrau – eine US-Amerikanerin – kennen und soll 2017 zum Christentum übergetreten sein. Als Boxer errang er nach Angaben der BBC mehrere Titel und trat unter anderem bei internationalen Wettkämpfen an. Mit seiner Frau habe er zudem das Hilfswerk „Love Every Nation Athens“ gegründet, um anderen Flüchtlingen zu helfen. Der Präsident der Polizeigewerkschaft von Südostattika, George Kalliakmanis, erklärte gegenüber der BBC, es sei möglich, dass sich Ross und Ahmadzai durch ihre Arbeit kennengelernt hätten.

Pastor: „Ihr Leben drehte sich um Mission“

Der Pastor der Freikirche „City on a Hill“ in Edinburgh, Peter Anderson, würdigte Ross als langjähriges Gemeindemitglied. Sie sei seit 20 Jahren Teil der Kirche gewesen, sagte er in einer [Videobotschaft](#): „Sie war ein sehr, sehr wertvolles Mädchen.“ Ihr Tod sei „ein wirklich tragischer Verlust“. Anderson betonte: „Lisas Leben drehte sich ganz um Mission. Sie hatte eine große Leidenschaft für Missionen. Sie war an vielen Orten im Missionseinsatz, sie diente und kümmerte sich um Menschen auf der ganzen Welt.“ Die Ermittlungen der Polizei zu den Umständen von Ross' Tod dauern an.

Großbritannien: Wegen „Jesus Loves You“-Aufkleber: Kfz-Versicherer verweigert Schutz

Ein christlicher Autofahrer in England erwägt jetzt rechtliche Schritte

London (IDEA) – Ein christlicher Autofahrer in Großbritannien erwägt rechtliche Schritte gegen seinen Kfz-Versicherer, weil dieser ihm nach eigenen Angaben mit dem Verlust des Versicherungsschutzes gedroht haben soll. Grund sei ein selbstgefertigter Aufkleber mit der Aufschrift „Jesus Loves You“ (Jesus liebt dich). Der 35-jährige Simeon Chandra wird dabei von der Organisation Christian Legal Centre (CLC/Christliches Rechtszentrum/London) unterstützt, das eine mögliche Diskriminierung aufgrund seines christlichen Glaubensbekenntnisses prüft.

Versicherer wertet Aufkleber als Fahrzeugumbau

Chandra hatte sich nach eigenen Angaben vor und nach dem Anbringen der handgefertigten Aufkleber an den Versicherungsmakler „GoSkippy“ gewandt, um transparent zu handeln. Zunächst sei ihm mitgeteilt worden, die Aufkleber seien zulässig, sofern er Fotos zur Akte einsende. Später habe die Prüfungsabteilung von GoSkippy die Aufkleber jedoch als Fahrzeugumbau gewertet und abgelehnt. In einer E-Mail des Unternehmens, das dem CLC vorliegt, heißt es: „Damit der Versicherungsvertrag fortbesteht und der Versicherungsschutz gewährleistet ist, verlangen wir, dass die Aufkleber vom Fahrzeug entfernt werden und dass Sie uns ein datiertes Foto zusenden, sobald die Aufkleber entfernt wurden.“ Nachfolgende Anfragen um Klarstellung seien unbeantwortet geblieben. Chandra ist nach eigenen Angaben unsicher, ob er sein Fahrzeug rechtmäßig weiter nutzen darf.

„Eine Botschaft der Hoffnung“

Er äußerte sich bestürzt über das Vorgehen des Versicherers: „Ich war schockiert, überrascht und verärgert, als man mir sagte, ich müsse die Aufkleber entfernen.“ Die Botschaft auf seinem Auto sei „weder beleidigend, politisch, hasserfüllt noch kommerziell. Es ist eine Botschaft der Hoffnung“. Im öffentlichen Leben seien alle möglichen Botschaften, Flaggen und Slogans zu sehen. „Aber wenn ein Christ eine friedliche Botschaft auf sein eigenes Auto klebt, scheint das plötzlich ein Problem zu werden.“ Er habe den Eindruck, dass sich die Entscheidung gezielt gegen Jesus richte: „Ich hätte weinen können. Ich glaube, Menschen mit anderen Botschaften wären nicht in dieselbe Situation geraten.“

Christian Legal Centre: Grundfrage der Religionsfreiheit

Laut der CLC-Geschäftsführerin Andrea Williams betrifft der Fall die grundsätzliche Frage, „ob Christen die Freiheit haben, ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu bekunden, ohne von grundlegenden Dienstleistungen ausgeschlossen zu werden“. Ein Aufkleber mit der Aufschrift „Jesus liebt dich“ sei nicht mit kommerzieller Werbung, einer politischen Kampagne oder einem beleidigenden Slogan vergleichbar, sondern „ein friedliches Bekenntnis zum christlichen Glauben“. Wenn Versicherer den Schutz verweigern könnten, weil ein Kunde eine christliche Botschaft zur Schau stelle, „sollte das jeden alarmieren, dem die Religions- und Meinungsfreiheit am Herzen liegt“.

Israel: Israelische Armee riegelt christliches Dorf ab

Das palästinensische Dorf Taybeh, eines der letzten christlichen Dörfer im Westjordanland, wird zunehmend zur Zielscheibe jüdischer Attacken. Nun handelt die israelische Armee und erklärte das Dorf zur geschlossenen Zone.

Immer wieder werfen Kritiker den israelischen Streitkräften vor, sie nicht genug gegen [Siedlerattacken](#) zu schützen oder diese sogar aktiv zu befeuern. Nun wollen die Soldaten verhindern, dass extreme israelische Siedler das Dorf weiterhin angreifen. Angriffe dieser Art hätten sich durch den Nahostkonflikt zwischen Israel und der Hamas seit Oktober 2023 vermehrt, berichtet ntv. Doch diese Abriegelung löst die Sorgen der Bewohner nicht, heißt es. Laut eines Posts auf X einer Nahost-Korrespondentin sagte ein Sprecher der israelischen Armee, dass auch Journalisten der Zugang zum Dorf verwehrt würde. Die Dorfbewohner von Taybeh fürchten, dass durch die Abwesenheit von Journalisten und Zivilisten jüdische Gewaltattacken möglicherweise leichter im Geheimen fortbestehen können, schreibt die Journalistin Noga Tarnopolsky.

Quelle: [jesus.de](#)

Italien: Katholische Bestattung für zwei Freimaurer abgelehnt

Kirche hält ihre Lehre und Freimaurerei für unvereinbar

Rom (IDEA) – In Italien haben katholische Diözesen die kirchliche Beisetzung für zwei engagierte Freimaurer verhindert. Das berichtete das Nachrichtenportal „InfoVaticana“. 2023 hatte das Dikasterium für die Glaubenslehre – eine Zentralbehörde der römisch-katholischen Kirche – bekräftigt, dass „die aktive Zugehörigkeit eines Gläubigen zur Freimaurerei verboten ist“. Grund sei die „Unvereinbarkeit zwischen der katholischen Lehre und der Freimaurerei“. In Rom verweigerte Kardinal Baldassare Reina die vorgesehene Totenmesse für den Gitarristen und Komponisten Bruno Battisti D’Amario, der am 5. August im Alter von 88 Jahren gestorben war. Der Professor für klassische Gitarre arbeitete viele Jahre mit dem Komponisten und Oscarpreisträger Ennio Morricone (1928–2020) zusammen und wirkte an einigen seiner bekanntesten Filmmusiken mit. D’Amario war Gründer einer römischen Freimaurerloge und Berater des größten und ältesten Dachverbandes von Freimaurerlogen in Italien, des Grande Oriente d’Italia. Die Kirche ersetzte die Beerdigungsfeier durch ein Gebet mit den Angehörigen, um die Seele des Verstorbenen der Barmherzigkeit Gottes anzubefehlen – in Anwesenheit eines Priesters ohne liturgisches Gewand. In der Diözese Ventimiglia-Sanremo lehnte Bischof Antonio Suetta die kirchliche Trauerfeier für Mario Tarducci in Camporosso ab, nachdem bekanntgeworden war, dass dieser als „ehrwürdiger Meister“ in der örtlichen Freimaurerloge fungierte. In Italien gibt es nach Schätzungen rund 35.000 Freimaurer, in Deutschland sind es etwa 15.000.

Freimaurer bauen am „Tempel der Humanität“

Freimaurer fanden sich im 18. Jahrhundert zunächst in England in Logen zusammen. Mit ihrem Namen erinnern sie an die Ursprünge der Bewegung im Mittelalter, als Steinmetze und Baumeister eine Bruderschaft zur Weitergabe von Betriebsgeheimnissen bildeten. Freimaurer betrachten ihre geheimen Zusammenkünfte als „rituelle Arbeit“, um den „Tempel der Humanität“ weiterzubauen. Kritiker werfen ihnen einen „elitären Individualismus“ vor, da sie beanspruchten, sich durch Symbole und Rituale individuell zu „veredeln“. Die Freimaurerei wird in den Konfessionen unterschiedlich bewertet. So hält die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine Doppelmitgliedschaft in einer Landeskirche und einer Loge für möglich, während neben „Rom“ auch die evangelikale Bewegung den christlichen Glauben und die Freimaurerei für unvereinbar hält.

Kanada: Sterbehilfe – Familie erhebt schwere Vorwürfe gegen Pflegeheim

Christin aus Kanada trotz Ablehnung durch MAiD-Programm verstorben

Belleville (IDEA) – Die Familie einer verstorbenen 83-jährigen Kanadierin wirft einem Pflegeheim und einer Ärztin vor, eine aktive Sterbehilfe gegen den ursprünglich geäußerten Willen der Patientin durchgeführt zu haben. Brigitte Stegemann starb am 10. Juli 2026 durch das kanadische Programm „Medical Assistance in Dying“ (MAiD). Nach Darstellung der Angehörigen sei die bekennende Christin trotz erheblicher Zweifel an ihrer Einwilligungsfähigkeit in das Verfahren gedrängt worden. Die Familie machte den Fall in einem Facebook-Beitrag öffentlich.

Ursprüngliche Ablehnung aus Glaubensgründen

Stegemann litt an unheilbarem Magenkrebs und lebte seit zwei Jahren in einer Langzeitpflegeeinrichtung in Belleville (Provinz Ontario). Rund zwei Monate vor ihrem Tod habe sie eine Sterbehilfe ausdrücklich abgelehnt. MAiD widerspreche ihrem christlichen Glauben, habe sie erklärt. Die Enkelin der Verstorbenen war seit mehr als zwölf Jahren gesetzliche Bevollmächtigte und zentrale Ansprechpartnerin für medizinische Entscheidungen. Während eines zehntägigen Urlaubs der Enkelin habe das Heim ohne deren Wissen erneut Gespräche über MAiD mit Stegemann geführt – obwohl die Einrichtung sie sonst täglich in Alltagsfragen kontaktiert habe.

Zweifel an der Einwilligungsfähigkeit

Bei einer Prüfung der Entscheidungsfähigkeit durch die behandelnde Ärztin am 7. Juli habe Stegemann grundlegende Fragen zu ihrer Familie falsch beantwortet. So habe sie angegeben, keine Geschwister zu haben – tatsächlich war sie die Zweitjüngste von 14 Kindern. „Ich habe die Enkelkinder vergessen“, habe die Verstorbene weinend gesagt und dabei lebende Geschwister mit Urenkeln verwechselt. Trotz der Verwirrung und der Einwände der Familie habe die Ärztin die Patientin für einwilligungsfähig erklärt. Besonders schwer wiege für die Familie, dass die offiziellen MAiD-Antragsunterlagen erst nach der Terminierung des Sterbedatums erstellt und bestätigt worden seien – ohne Wissen der Bevollmächtigten. Die Heimleiterin habe eingeräumt, das Antragsformular selbst ausgefüllt zu haben. Als der Termin kurzfristig vorverlegt werden sollte, habe Stegemann verstört reagiert: „Ich werde am Freitag sterben? Sie werden mich am Freitag töten?“ Sie habe geweint und wiederholt erklärt, einen Fehler gemacht zu haben. Am Morgen des 10. Juli habe die Familie die letzten Stunden gemeinsam auf der Terrasse verbracht. Der Pastor der Verstorbenen habe mit ihr gebetet. Zugesichert worden sei, dass Stegemann unmittelbar vor der Injektion eine ausdrückliche verbale Bestätigung geben müsse. Als die Ärztin sie angesprochen habe, sei Stegemann jedoch völlig verstummt, die Hände zum Gebet gefaltet. Die Familie sei davon ausgegangen, das Verfahren werde abgebrochen. Stattdessen sei die Sterbehilfe ohne verbale Zustimmung durchgeführt worden.

Forderung nach Aufklärung

Die Familie fordert mehr Transparenz, eine verpflichtende Einbindung von Angehörigen bei kognitiv eingeschränkten Patienten und eine strikte rechtliche Verantwortlichkeit von Einrichtungen. „Trauer löscht diese dokumentierten Versäumnisse nicht aus“, schreiben die Angehörigen. Sie hoffen, dass der Fall als Warnung diene. Medizinisch assistierte Sterbehilfe ist in Kanada seit 2016 für volljährige, entscheidungsfähige Personen mit einer unheilbaren Krankheit oder Behinderung zugelassen, die mit „andauerndem und unerträglichem Leiden“ einhergeht. Im Jahr 2021 wurde die Regelung auf Menschen ausgedehnt, die nicht an einer unmittelbar tödlichen Krankheit, sondern beispielsweise an chronischen Schmerzen leiden. Seitdem ist die Zahl der aus diesem Grund durch assistierten Suizid ums Leben gekommenen Menschen kontinuierlich gestiegen (2021: 224; 2022: 469; 2023: 625; 2024: 732). Im März 2027 soll zudem eine Gesetzesänderung in Kraft treten, durch die der assistierte Suizid auch bei psychisch Kranken möglich werden soll. Die Vereinten Nationen haben die kanadische Regierung bereits aufgefordert, beide Erweiterungen zurückzunehmen, um das Lebensrecht behinderter Menschen zu garantieren.

Kolumbien: Nach Erdbeben – Christliche Werke starten Hilfe für Kolumbien

Über 250 Tote – Über 4.000 Menschen werden noch vermisst

Bogotá (IDEA) – Nach dem Erdbeben in Kolumbien haben christliche Organisationen mit der Nothilfe begonnen. Das Beben der Stärke 7,4 hatte sich am 10. August ereignet. Die Behörden geben die Zahl der Toten aktuell mit über 250 an. Mehr als 4.000 Menschen gelten noch als vermisst. Das Epizentrum lag nahe der Gemeinde San José del Palmar im Westen des Landes in einer relativ armen Region an der Pazifikküste. Die Hilfsorganisation World Vision, die seit Jahrzehnten im Land tätig ist, hat ihre Nothilfeteams aktiviert. Mitarbeiter seien vor Ort, um die Lage einzuschätzen und die dringendsten Hilfsmaßnahmen zu unterstützen. Der Direktor von World Vision in Kolumbien und Venezuela, Peter Gape, erklärte: „Als Organisation, die sich vor allem dem Schutz von Kindern verpflichtet hat, erheben wir gemeinsam mit lokalen Partnern den Bedarf an Hilfen in armen Familien und für die Grundversorgung wichtiger Einrichtungen, um entsprechende Hilfe leisten zu können.“ Neben der Bergung von Überlebenden ist es laut dem Hilfswerk wichtig, die Betroffenen mit Wasser und Nahrungsmitteln zu versorgen. Das Hilfswerk humedica (Kaufbeuren) bereitet nach eigenen Angaben mit einer örtlichen Partnerorganisation Hilfsmaßnahmen vor. Dazu benötige man aber die finanzielle Unterstützung von Spendern in Deutschland. humedica leistet auch Hilfe in Venezuela, wo am 24. Juni bei zwei schweren Erdstößen mehr als 6.000 Menschen ums Leben kamen.

Turm einer Kathedrale eingestürzt

Bei dem Erdbeben in Kolumbien wurde auch die Kathedrale in der Stadt Manizales schwer beschädigt. Ein Turm der Basilika kippte zunächst zur Seite und stürzte dann ein. Sie besitzt den höchsten Turm des Landes mit rund 118 Metern. Die Kathedrale war zuletzt 1962 von einem Erdbeben betroffen. Auch damals fiel ein Turm in sich zusammen. Von den rund 53 Millionen Einwohnern Kolumbiens sind nach Angaben des Pew Research Centers in den USA 60 Prozent Katholiken, 15 Prozent Protestanten und 23 Prozent religiös Ungebundene.

Nigeria: Gericht schützt Christin vor Verhaftung durch Religionspolizei

ADF International: Das Urteil stärkt die Rechte von christlichen Konvertiten

Kano (IDEA) – Ein nigerianisches Bundesgericht hat entschieden, dass die islamische Religionspolizei Hisbah im nördlichen Bundesstaat Kano eine junge Frau wegen ihres Übertritts vom Islam zum Christentum nicht festnehmen darf. Das teilte die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International mit, die die juristische Verteidigung der Frau unterstützte. Das Urteil gelte als wichtiger Präzedenzfall, der den Einfluss der Scharia auf Christen und insbesondere auf Konvertiten in Nordnigeria einschränkt. Wie ADF berichtet, war die heute 22-Jährige 2025 aus ihrem Elternhaus im Bundesstaat Kano geflohen. Dort war sie eigenen Angaben zufolge nach dem Tod ihrer Eltern von ihren älteren Geschwistern misshandelt und zu einer Heirat gezwungen worden. Zuflucht habe sie bei einer christlichen Familie gefunden. Während sie bei ihr wohnte, sei sie selbst zum Christentum konvertiert. Daraufhin hätten ihre Geschwister ihre Verhaftung durch die örtliche Hisbah-Polizei erwirkt. Vier Tage lang sei sie festgehalten, geschlagen und unter Druck gesetzt worden, die Ehe einzugehen. Nach ihrer Freilassung sei sie mithilfe ihrer christlichen Familie im Januar 2026 in die Stadt Jos im Zentrum des Landes umgezogen. Anschließend hätten ihre Geschwister die Familie der Entführung beschuldigt, die in der Folge im Februar angeklagt worden sei.

Gericht: Verstoß gegen Menschenwürde und Religionsfreiheit

Nach ADF-Angaben reichte die junge Frau ebenfalls im Februar in einem Nachbarstaat eine Petition zur Durchsetzung ihrer persönlichen Rechte ein. Zwei Tage später habe das Gericht dem Bundesstaat Kano und der Hisbah untersagt, sie aufgrund ihrer Konversion und ihrer Weigerung, zu heiraten, weiter zu verfolgen. Das Vorgehen der Religionspolizei sei ein „eklatanter Verstoß“ gegen ihr Grundrecht auf Menschenwürde und Religionsfreiheit, hieß es in der Urteilsbegründung. Zudem ordnete das Gericht die Zahlung einer finanziellen Entschädigung an. „Das Urteil bestätigt, dass die Hisbah-Polizei keine Zuständigkeit für Christen oder andere Nichtmuslime hat“, betonte der leitende Rechtsberater für globale Religionsfreiheit bei ADF, Sean Nelson.

Hoffnung auf Freispruch für Familie

Ein Strafverfahren gegen die christliche Familie ist ADF zufolge noch anhängig, sie befinde sich derzeit gegen Kautions auf freiem Fuß. Die Organisation unterstützt auch sie vor Gericht. Deren Mitarbeiter hofften, dass das Verfahren dazu beiträgt, „die Religionsfreiheit für alle in Nigeria zu stärken, unabhängig von ihrem Glauben“, so Nelson. ADF setzt sich seit langem für Christen und andere religiöse Minderheiten ein, die in Nigeria Verfolgung ausgesetzt sind. Tausende werden dort jedes Jahr wegen ihres Glaubens getötet. Auf dem Weltverfolgungsindex 2026 des christlichen Hilfswerks Open Doors steht Nigeria auf Platz 7 der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Jeweils etwa die Hälfte der mehr als 230 Millionen Einwohner gehört dem Christentum oder dem Islam an, ein kleiner Teil traditionellen Naturreligionen.

Pakistan: Christin kämpft gegen Zwangsheirat

Aneeqa Ishaq, ein 16-jähriges christliches Mädchen aus Lahore, Pakistan, nahm eine Stelle als Kassiererin in einem Restaurant an, um zum Lebensunterhalt ihrer Familie beizutragen. Doch dies endete damit, dass ein Kollege sie entführte, sie zwang, zum Islam zu konvertieren, und sie dazu drängte, ihn zu heiraten, wie sie berichtete.

„Ich wollte meiner Familie nur helfen“, sagte Aneeqa gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die Arbeit mein Leben so verändern würde.“

Aneeqa berichtete, sie habe erst drei Monate in dem Restaurant gearbeitet, als ein Kollege, Majid Ali, begann, Druck auf sie auszuüben, ihn zu heiraten.

„Ich habe ihm unmissverständlich gesagt, dass ich Christin bin und niemanden außerhalb meines Glaubens heiraten würde“, erinnerte sie sich. „Als er nicht davon ablassen wollte, informierte ich meine Familie über sein beharrliches Verhalten, und sie forderten mich sofort auf, meinen Job zu kündigen.“

Im August 2025 verließ sie das Restaurant und fand später eine Stelle als Erzieherin in einem örtlichen Kindergarten.

„Wir sind eine vierköpfige Familie“, sagte sie. „Mein Vater, Ishaq Masih, ist arbeitslos, meine Mutter, Rahal Ishaq, arbeitet in einer Bekleidungsfabrik, und meine ältere Schwester geht nicht arbeiten. Ich hatte keine andere Wahl, als Geld zu verdienen, um meine Familie zu unterstützen.“

Vier Monate später, am 4. Januar, nahm ihr Leben eine verheerende Wendung. Aneeqa war gerade mit ihrer älteren Schwester und einer Cousine auf dem Weg zur Kirche, als Ali mit zwei Komplizen in einem Auto vorfuhr, eine Waffe auf sie richtete und sie in das Fahrzeug zerte, berichtete sie.

„Bevor ich mich von dem Schock erholen konnte, bedeckten sie mein Gesicht mit einem Tuch, und ich verlor das Bewusstsein“, erzählte Aneeqa gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Als sie wieder zu sich kam, befand sich Aneeqa in einem Haus in Bahawalnagar, etwa 420 Kilometer (260 Meilen) von Lahore entfernt.

„Ali und mehrere Männer mit langen Bärten umringten mich“, sagte sie. „Als ich fragte, warum sie mich dorthin gebracht hätten, sagte einer von ihnen, ich sei so weit von Lahore entfernt, dass meine Eltern mich niemals finden könnten. Sie warnten mich, ihren Anweisungen zu folgen, sonst würden meine Familie und ich die Konsequenzen zu spüren bekommen.“

Anschließend zwangen sie sie, die Kalima, das islamische Glaubensbekenntnis, zu rezitieren, bevor sie sie zu einem örtlichen Gericht brachten.

„Sie zwangen mich, meinen Daumenabdruck und meine Unterschrift auf Dokumente zu setzen, die ich nicht lesen durfte“, sagte sie. „Außerdem musste ich eine eidesstattliche Erklärung unterschreiben, in der stand, dass ich aus freiem Willen zum Islam konvertiert und Ali geheiratet hätte und dass ich Angst vor meiner Familie hätte.“

In den folgenden sechs Monaten verlegten sie sie von einem Ort zum anderen, sperrten sie in verschlossene Räume ein und misshandelten sie wiederholt, wann immer sie darum flehte, nach Hause zurückkehren zu dürfen, sagte sie.

„Ali schlug mich immer, wenn ich ihn anflehte, mich zu meiner Familie zurückkehren zu lassen“, sagte sie.

Am 7. Juli nahm ihre Tortur schließlich eine Wende. Während sie im Haus von Alis Schwester festgehalten wurde, gelangte Aneeqa kurzzeitig an ein Mobiltelefon und schaffte es, ihre ältere Schwester anzurufen, sagte sie.

„Ich sagte ihr, dass ich in Bahawalnagar sei, teilte meinen WhatsApp-Standort mit und flehte sie an, mich zu retten“, sagte sie.

Ihre Familie wandte sich sofort an die christliche Anwältin Zunaira Patrick, die sich bereit erklärte, sie unverzüglich nach Bahawalnagar zu begleiten. Patrick berichtete, als sie später am Abend dort ankamen und nach Aneeqa riefen, begannen Alis Verwandte zu schreien, was Nachbarn und Passanten anlockte.

„Die Situation wurde schnell feindselig, nachdem den Leuten gesagt wurde, dass wir versuchten, eine verheiratete muslimische Frau mitzunehmen“, erklärte Patrick gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Auch Ali traf ein und begann, uns zu bedrohen; er bestand darauf, dass wir seine Frau nicht mitnehmen dürften.“

Aus Angst, die Menge könnte gewalttätig werden, rief Patrick die Polizei. Die Beamten trafen bald ein und brachten Aneeqa und das Anwaltsteam in Sicherheit. Die Polizei brachte Aneeqa und ihre Mutter für die Nacht in eine staatliche Notunterkunft und wies sie an, am nächsten Tag vor Gericht zu erscheinen.

„Nachdem der Richter Aneeqas Schilderung des Geschehens angehört hatte, erlaubte er ihr, mit uns nach Lahore zurückzukehren“, sagte Patrick.

Seitdem hat sie bei einem Familiengericht in Lahore einen Antrag gestellt, um die Ehe für nichtig erklären zu lassen.

„Die Familie zögert derzeit, Strafanzeige gegen Ali zu erstatten, was angesichts des Traumas, das sie durchgemacht haben, verständlich ist“, sagte sie. „Sie haben ihre Mietwohnung gewechselt und sogar ihre Telefonnummern geändert, weil sie befürchten, aufgespürt zu werden.“

Patrick betonte, dass Fälle von Zwangskonvertierung und Zwangsheirat nicht bloß private Familienstreitigkeiten seien, sondern schwerwiegende Verletzungen von Grundrechten.

„Dies sind schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die die verfassungsmäßigen Garantien der Religionsfreiheit, der persönlichen Freiheit und der Menschenwürde untergraben“, sagte sie. „Jedes Opfer verdient unparteiischen Schutz durch das Gesetz, unabhängig von Glauben oder Herkunft.“

Aneeqa, die sich noch in der Genesungsphase befindet, sagte, sie hoffe, dass das Teilen ihrer Geschichte dazu beitragen werde, zu verhindern, dass andere Mädchen ein ähnliches Schicksal erleiden. Sie forderte junge christliche Frauen, insbesondere diejenigen, die aus Armut eine Arbeit suchen, auf, gegenüber Männern, die ihre prekäre Lage ausnutzen, wachsam zu bleiben.

„Solche Menschen locken Mädchen oft mit falschen Versprechungen von Liebe und Heirat“, sagte sie. „Wenn ein nichtchristlicher Mann auf euch zukommt, informiert sofort eure Familie. Je länger ihr versucht, das alleine zu bewältigen, desto dreister wird der Täter. Eine Ablehnung wird für ihn zu einer Frage des Egos und der Rache.“

Aneeqas Erfahrung spiegelt ein breiteres Muster wider, das in ganz Pakistan dokumentiert wurde.

Eine Studie mit dem Titel „Stolen Girls“, die am 14. Juli von der Interessenvertretung Jubilee Campaign im Europäischen Parlament vorgestellt wurde, dokumentierte 210 bestätigte Fälle von Entführung, erzwungener Religionskonversion, Kinderheirat und sexueller Gewalt, von denen christliche und andere Mädchen aus Minderheiten zwischen 2019 und 2025 betroffen waren.

Der Bericht kam zu dem Schluss, dass es sich bei solchen Übergriffen nicht um vereinzelte Straftaten handelte, sondern um Teil eines weit verbreiteten Musters, das durch gefälschte Dokumente, rechtliche Manipulationen und institutionelles Versagen ermöglicht wird, wodurch sich die Täter der Rechenschaftspflicht entziehen können.

Von den 210 dokumentierten Fällen ereigneten sich 186 (88,6 Prozent) in der Provinz Punjab, 22 (10,5 Prozent) in der Provinz Sindh und zwei (1 Prozent) in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa. Mehr als 83 Prozent der Opfer waren jünger als 18 Jahre. Der Bericht identifizierte 134 Opfer im Alter zwischen 14 und 17 Jahren (63,8 Prozent), 41 jünger als 14 Jahre (19,5 Prozent) und 35 Erwachsene über 18 Jahre (16,7 Prozent). Es zeigte sich, dass das durchschnittliche Opfer 12,8 Jahre alt war, während der durchschnittliche Täter 35,8 Jahre alt war, was einen durchschnittlichen Altersunterschied von 23 Jahren ergab.

In mehreren dokumentierten Fällen betrug der Altersunterschied mehr als 30 Jahre.

Pakistan belegte auf der „World Watch List 2026“ von Open Doors den achten Platz unter den 50 Ländern, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind. Als Gründe wurden dort systemische Diskriminierung, Gewalt durch den Mob, Zwangskonvertierungen, Schuldnechtschaft und geschlechtsspezifische Übergriffe genannt. Die Organisation erklärte zudem, dass eine schwache Strafverfolgung und weit verbreitete Straflosigkeit es den Tätern antichristlicher Gewalt ermöglicht hätten, sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

<https://morningstarnews.org/2026/08/christian-girl-struggles-to-void-forced-marriage-in-pakistan/>

Russland: Landesweiter Anstieg willkürlicher Ablehnungen von Anträgen auf zivilen Wehrrersatzdienst

AKREF-A/IIRF-D/Tübingen/08.08.2026 - In Russland werden immer mehr Anträge auf zivilen Wehrrersatzdienst abgelehnt, auch wenn die Zahl der jungen Männer, die zivilen Wehrrersatzdienst leisten, anscheinend im Steigen begriffen ist. Die Ablehnungen erfolgen oft, obwohl die Antragsteller gegenüber den Militärbehörden nachgewiesen haben, dass ihre Glaubensüberzeugungen die Ableistung von Militärdienst ausschließen. „Die Rekrutierungskommissionen liefern nur selten Begründungen für ihre Ablehnungen“, beklagt die Nichtregierungsorganisation Ruf an das Gewissen, die Wehrrdienstverweigerer aus Gewissensgründen unterstützt. Die Anfechtung der Entscheidungen vor Verwaltungsgerichten bleibt oft erfolglos. Zeugen Jehovas berichten, dass im Jahr 2025 wesentlich mehr Anträge auf zivilen Wehrrersatzdienst abgelehnt als bewilligt wurden. Auch die Anträge von drei Angehörigen von Pfingstkirchen in der westlich des Urals gelegenen udmurtischen Republik wurden abgelehnt, obwohl ihre religiösen Überzeugungen ihnen den Militärdienst verbieten und die Anträge anderer Angehöriger derselben Kirche in früheren Jahren bewilligt worden waren. Die Anfechtung der Entscheidung der Militärbehörden vor einem Verwaltungsgericht blieb erfolglos. Das Gericht folgte in allen Fällen der Argumentation des Militärkommissariats, dass die drei Christen ihre auf ihrem Gewissen beruhenden Glaubensüberzeugungen, die einen Kriegsdienst ausschließen, nicht glaubhaft gemacht hätten. „Egal wie wir argumentierten, egal was wir taten, man sagte uns, es gäbe derzeit keinen zivilen Wehrrersatzdienst, es herrsche Kriegsrecht im Land, was allerdings nicht der Wahrheit entspricht, da zu keinem Zeitpunkt Kriegsrecht verhängt wurde. Egal welche Informationen und Beweise wir vorlegten, das Gericht hat nicht einmal zugehört.“ Zwei der drei Mitglieder der Pfingstkirche wurden zu Militäreinheiten verlegt, der dritte wurde aus medizinischen Gründen für untauglich befunden.

Eine Überprüfung der Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über die Anfechtung der Ablehnung der Anträge auf zivilen Wehrrersatzdienst durch andere Wehrrdienstverweigerer aus Gewissensgründen durch Forum 18 ergab, dass nur wenige positive Entscheidungen ergangen sind. Selbst im Falle einer positiven Entscheidung hebt das Gericht nur die Ablehnung durch die Rekrutierungskommission auf und fordert diese auf, neu über den Antrag zu entscheiden. Die Männer müssen oft wiederholte Anträge auf Wehrrersatzdienst stellen und deren Ablehnung vor dem Verwaltungsgericht anfechten, wenn sie fest entschlossen sind, aus Gewissensgründen keinen Militärdienst zu leisten. Wenn die Rekrutierungskommission einen Antrag auf zivilen Wehrrersatzdienst ablehnt und der Rekrut nicht erscheint, wenn er einberufen wird, kann er nach Artikel 328 des Strafgesetzbuchs angeklagt werden. Im Fall einer Verurteilung werden hohe Geldstrafen oder in seltenen Fällen auch bis zu 2 Jahre Haft verhängt.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 31. Juli 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Spanien: Ceuta – Christen helfen bei der Versorgung von Migranten

Pastorenehefrau berichtet von angespannter Lage nach dem Massenansturm

Ceuta (IDEA) – In der spanischen Stadt Ceuta ist die Lage eine Woche nach dem Massenansturm von Migranten weiterhin angespannt. Trotzdem engagieren sich Christen in der Versorgung der Gestrandeten. Das berichtet die dort lebende Krankenschwester Susana Roop gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Ihr Mann leitet die evangelikale Kirche „Casa de Alabanza“ (Haus des Lobes). Am 30. und 31. Juli waren Zehntausende Migranten von Marokko aus illegal in die nordafrikanische Stadt eingedrungen. Die spanischen Behörden entsandten Soldaten und zusätzliche Polizeikräfte vom Festland. Ein Großteil der Menschen kehrte kurz darauf nach Marokko zurück. Derzeit sollen sich jedoch noch bis zu 5.000 Migranten in Ceuta aufhalten. Laut Roop handelt es sich vor allem um Personen aus Ländern südlich der Sahara. „Als Christ ist mein Herz sehr schwer. Es ist nicht normal, dass Menschen auf der Straße schlafen. Es ist nicht normal, dass man Menschen barfuß sieht.“

„Sandwiches of love“: Christen verteilen belegte Brote

Nach Angaben der 46-Jährigen kampieren viele der Migranten ohne Zelte an einem Strand am Stadtrand. Doch auch in Wohngebieten seien sie präsent: „Heute Morgen um acht Uhr sah ich aus meinem Fenster etwa 20 junge Männer, die auf einem Spielplatz geschlafen haben und sich an einem kleinen Brunnen zu waschen versuchen.“ Neben dem Roten Kreuz und weiteren Organisationen hätten sich Christen unter dem Motto „Sandwiches of love“ zusammengeschlossen, um belegte Brote zuzubereiten und zu verteilen. Auch viele Einzelpersonen versorgten die Gestrandeten: „Bürger, die selbst kaum Geld haben, kaufen den Flüchtlingen ein Brot und geben ihnen etwas Milch.“

Sorge um unbegleitete Minderjährige

Besondere Sorge bereitet der 46-Jährigen das Schicksal der Minderjährigen. Nach Medienberichten befinden sich mindestens 1.000 von ihnen noch in Ceuta. Laut Roop sind viele von ihnen in einer inzwischen überfüllten Einrichtung untergebracht. Für die Mädchen habe die Stadt zwei öffentliche Schulen geöffnet. Die dreifache Mutter warnt, dass die jungen Menschen allein und schutzlos besonders gefährdet seien, ausgebeutet zu werden oder in kriminelle Gruppen zu geraten.

„Es gibt keine Normalität, weil alle Angst haben“

Auch eine Woche nach dem Massenansturm seien Armee und Polizei mit Hubschraubern im Dauereinsatz, berichtet Roop. Gerüchte über einen erneuten Massenansturm am 15. August verunsicherten die Bevölkerung: „Es gibt keine Normalität, weil alle Angst haben, dass sich das wiederholt.“ Aufgrund der zahlreichen Migranten trauten Familien sich derzeit kaum, mit ihren Kindern an den Strand oder auf Spielplätze zu gehen. „Die meisten der Flüchtlinge sind friedlich, aber man weiß nicht, was ein Mensch tun kann, wenn er verzweifelt ist, wenn er ohne Hoffnung und Zukunft ist.“ Die Migranten hätten erklärt, lieber auf der Straße sterben zu wollen, als nach Marokko zurückzukehren. Ceuta sei jedoch eine kleine Stadt, eingeschlossen zwischen der marokkanischen Grenze und der Straße von Gibraltar. Die Migranten könnten sie nicht verlassen, weil sie über keine Visa verfügten. Roop hofft, dass lokale und nationale Regierung eine Lösung finden, „mit Gerechtigkeit und Würde für alle“, damit Ceuta zur Normalität zurückkehren kann.

Spanien: Migrationskrise in Ceuta

Evangelikale in Ceuta koordinieren gemeinsame Hilfe

Pastor Javier Santolaria beschreibt eine Stadt, die auch eine Woche später noch überfordert ist. Evangelikale Gemeinden verteilen Hilfsgüter, Lebensmittel und christliche Literatur an die Tausenden Migranten, die weiterhin auf den Straßen leben.

Daniel Hofkamp, „Evangelical Focus“ / 11. August 2026 aus PRO – Das christliche Medienmagazin.

Eine Woche nach dem größten Migrantenzustrom, den Ceuta (Spanien) in seiner jüngeren Geschichte erlebt hat, koordinieren die evangelikalen Kirchen und Gemeinden der Stadt ihre Kräfte, um auf die Not zu reagieren. Sie versorgen Gemeindemitglieder, aber auch tausende Migranten, die weiterhin durch die Stadt ziehen.

Javier Santolaria ist Pastor der Gemeinde „Casa de Alabanza“ (zu deutsch: Haus des Lobpreises) – der ältesten evangelikalen Gemeinde Ceutas, die etwa 1958 gegründet wurde. In dieser Woche nahm er an einem Treffen teil, bei dem verschiedene Gemeinden und Werke darüber berieten, wie sie mit der aktuellen Krise umgehen können.

„Wir haben die verschiedenen evangelikalen Gemeinden und Werke der Stadt zusammengebracht“, erklärt Santolaria gegenüber dem spanischen Nachrichtenportal „Protestante Digital“.

Ziel sei es gewesen, Doppelarbeit zu vermeiden, den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln und herauszufinden, wo man durch Zusammenarbeit die größte Wirkung erzielen könne. An dem Online-Treffen nahmen verschiedene evangelikale Gemeinden und Werke teil, die in Ceuta evangelistische, soziale und kulturelle Arbeit leisten.

Ein Unterstützungsnetzwerk

Eines der Projekte, bei denen sie beschlossen, ihre Kräfte zu bündeln, ist das Programm „Bocadillos con Amor“, das seit Langem in Ceuta läuft. Montags bis freitags verteilen freiwillige Helfer Tüten mit Grundnahrungsmitteln an Gruppen von Migranten, die am Stadtrand leben – teilweise in Gebieten, die weit vom Stadtzentrum entfernt sind.

Zusammen mit den Lebensmitteln verteilen sie christliche Literatur wie „More Than a Carpenter“ (zu Deutsch: „Wer ist dieser Mensch?“) auf Französisch und Arabisch sowie das Neue Testament und die Bergpredigt, ebenfalls auf Arabisch. „Sie verbringen viele Stunden damit, nichts zu tun. Wir hoffen, dass der Herr viele Menschenleben berühren kann“, sagt der Pastor.

Die Zahl der Migranten, die sich noch in Ceuta aufhalten, wurde von offiziellen Stellen nicht bestätigt. Es wird jedoch geschätzt, dass weiterhin tausende Menschen, darunter viele Minderjährige, auf den Straßen und in den Stadtvierteln leben. Die Stadt steht noch immer unter dem Schock der Ereignisse von vor eineinhalb Wochen.

„Tausende Menschen sind noch immer hier“

Die Zusammenarbeit der Gemeinden zeigt, dass die Stadt Ceuta noch weit davon entfernt ist, zur Normalität zurückzukehren. „Manchmal gibt die Berichterstattung nicht genau wieder, was die normalen Bürger hier jeden Tag erleben, insbesondere am Stadtrand. Die Stadtviertel sind weiterhin überfüllt. Wir sprechen von Tausenden Menschen, die noch immer in der Stadt sind.“

Das Ergebnis sei ein Klima der Unsicherheit, das dazu führe, dass viele Einwohner nicht mehr aus dem Haus gingen oder dies nur noch täten, wenn es unbedingt notwendig sei. Santolaria bestätigt, dass es trotz einer verstärkten Präsenz von Polizei und Militär weiterhin zu Unruhen komme, auch wenn nicht alle Vorfälle in den Medien auftauchten.

Hinzu komme die Anspannung rund um den Beginn des neuen Schuljahres. Die Möglichkeit, zwei Schulen für die Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger umzuwandeln, hat Proteste unter Eltern ausgelöst. „Das sind Probleme, die sich immer weiter aufstürzen“, fasst Santolaria zusammen.

Mehr Polizeipräsenz, aber nicht ausreichend

Die Ankunft zusätzlicher Polizeikräfte und Verstärkungen der spanischen Guardia Civil vom Festland sowie der Einsatz des Militärs an strategischen Punkten – etwa an den Eingängen von Supermärkten und Tankstellen – habe den Bewohnern etwas mehr Sicherheit gegeben.

„Man kann den Unterschied erkennen“, räumt der Pastor ein. Doch die Zahlen seien weiterhin überwältigend: „Egal, wie viele kommen – wenn wir von Tausenden Menschen sprechen, bleibt das Gefühl, dass noch mehr Kräfte benötigt werden.“

Die Belastung in den Krankenhäusern

Zu den Menschen, die seit Tagen bis an ihre Belastungsgrenze gehen, gehört Santolarias Ehefrau, die als Krankenschwester in einem Gesundheitszentrum der Stadt arbeitet. Bereits am ersten Tag der Krise wurde sie nach Tarajal geschickt, um sich um die ankommenden Menschen zu kümmern.

„Es waren nicht nur um die Verletzten, die angekommen waren. Einige Jugendliche waren bereits gestorben“, berichtet sie. Nach Angaben von NGOs aus der Region liegt die Zahl der Todesopfer in Spanien und Marokko bei mehr als 140. Schätzungen zufolge könnten innerhalb von 24 Stunden rund 70.000 Menschen die Grenze überschritten haben.

Zu den emotionalen Belastungen kommt eine erhöhte Arbeitsbelastung hinzu, da mehr Menschen versorgt werden müssen – viele von ihnen mit unterschiedlichen körperlichen und emotionalen Bedürfnissen.

Von Zoom zurück zum Gottesdienst vor Ort

Am Sonntag nach Ausbruch der Krise traf sich die Casa de Alabanza per Videokonferenz. „Stellen Sie sich vor: Innerhalb von fünf oder sechs Stunden kommen mehr als 70.000 Menschen in Ihre Stadt, die selbst 85.000 Einwohner hat. Man steht unter Schock.“ Aus Vorsicht und auf Empfehlung der Behörden öffnete die Gemeinde am vergangenen Sonntag nicht ihre Türen. Für den folgenden Sonntag hoffte man jedoch, wieder persönlich zusammenkommen zu können.

Die Gemeinde spiegelt die Vielfalt wider, die Ceuta heute prägt: Familien aus Venezuela, Mexiko, Argentinien und Kolumbien kommen in einer Kirche zusammen, die seit mehr als sechs Jahrzehnten eine wichtige protestantische Institution der Stadt ist.

Der Pastor zeigte sich außerdem dankbar für die Solidaritätsbekundungen, die ihn von anderen Christen in Spanien erreicht haben.

„Wir bitten euch, weiterhin für uns zu beten, denn es ist nicht einfach. Alles, was geschehen ist, kommt zu unseren täglichen Aufgaben und Sorgen hinzu. Wir brauchen Kraft und wünschen uns, zu sehen, wie Gott wirkt“, schließt Pastor Santolaria.

Dieser Artikel ist zuerst bei [„Evangelical Focus“](#) erschienen, einer englischsprachigen Plattform mit Sitz in Spanien.

Sudan: Zwei entführte Kirchenführer wieder frei

Pfarrer Yaqob Ibrahim Tia und Zakaria Suliman Jana, beide prominente Leiter einer Gemeinde der Sudanesischen Kirche Christi (SCOC) in Heiban im Bundesstaat Süd-Kordofan, wurden am 28. Juli bzw. am 1. August freigelassen, wie Christen aus der Region berichteten.

Ohne die Motive für die Entführungen oder die Bedingungen ihrer Freilassung offenzulegen, gaben die Quellen an, dass abtrünnige Mitglieder der Rebellenorganisation „Sudan People’s Liberation Army-North“ (SPLA-N) für die Entführungen verantwortlich seien.

Pastor Tia wurde zusammen mit seinen Familienangehörigen freigelassen – zwei Söhnen im Alter von 17 und 20 Jahren, einem 15-jährigen Neffen sowie Daniel Ibrahim Tia, dem Bruder des katholischen Priesters Fadi Ibrahim Tia. Fadi Ibrahim Tia ist zudem der Bruder von Pastor Yaqob Ibrahim Tia.

Pastor Jana wurde am Morgen des 31. Juli entführt; Pastor Yaqob Ibrahim Tia am 23. Juli.

Pastor Yaqob Ibrahim Tia, begleitet von anderen Kirchenführern aus Heiban, brachte tiefe Freude und Dankbarkeit zum Ausdruck und sprach sich entschieden gegen die anhaltenden Kämpfe in Heiban zwischen den Fraktionen der SPLA-N aus. Er, seine Familienangehörigen und weitere Personen wurden nach einem Übergabetreffen, an dem lokale Kirchenführer teilnahmen, freigelassen.

„Der Konflikt, der in unserer Region stattfindet, nützt niemandem“, sagte Pfarrer Tia vor der Versammlung der Kirchenführer.

Er forderte die politischen Führer auf, Gewalt zu verurteilen und Frieden zu stiften. Es wird vermutet, dass die sudanesischen Regierung eine Rolle bei der Entstehung des Konflikts spielt.

Die Entführungen scheinen Teil einer Welle von Angriffen auf Kirchenführer in der unruhigen Region zu sein. Obwohl das von der SPLA-N kontrollierte Gebiet für die Medien gesperrt ist, ist durchgesickert, dass der Konflikt bereits Hunderte von Menschen vertrieben hat, darunter vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Am 24. Juli erschossen abtrünnige SPLA-N-Milizen den episkopalen Pastor Adel Idris Jongool in der Verwaltungseinheit Dabi des Bezirks Heiban. Die Angriffe auf Christen inmitten des bewaffneten Konflikts zwischen der SPLA-N, abtrünnigen Gruppen und anderen Kräften folgen auf die Ermordung eines katholischen Priesters und eines seiner Leibwächter am 19. Juni in der Pfarrei Holy Cross in Kauda, Süd-Kordofan, durch dieselben abtrünnigen Militanten. Ein weiterer Leibwächter wurde ebenfalls angeschossen, überlebte jedoch und wurde im Krankenhaus behandelt.

Die Nuba-Berge, eine Hochburg der SPLA-N, die seit langem gegen Khartum kämpft, blieben weitgehend von dem im April 2023 im Sudan ausgebrochenen militärischen Konflikt verschont; doch dort entstand eine neue Frontlinie, nachdem sich die SPLA-N mit den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) gegen die sudanesischen Streitkräfte (SAF) verbündet hatte. In den Nuba-Bergen sind bewaffnete Gruppierungen entstanden, die gegen die SPLA-N kämpfen, was zum Tod und zur Vertreibung von Zivilisten führt.

Sowohl die RSF als auch die SAF sind islamistische Kräfte, die vertriebene Christen angegriffen haben, unter dem Vorwurf, die Kämpfer der jeweils anderen Seite zu unterstützen.

Laut dem Joshua Project sind 93 Prozent der sudanesischen Bevölkerung Muslime, 4,3 Prozent bekennen sich zu traditionellen ethnischen Religionen, während Christen 2,3 Prozent ausmachen.

Der Konflikt zwischen der RSF und der SAF, die nach einem Putsch im Oktober 2021 gemeinsam die Militärherrschaft im Sudan ausgeübt hatten, hat die Zivilbevölkerung in Khartum und anderswo terrorisiert und laut dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte (UNCHR) Zehntausende Menschen getötet sowie mehr als 12 Millionen Menschen innerhalb und außerhalb der sudanesischen Grenzen vertrieben.

General Abdelfattah al-Burhan von der SAF und sein damaliger Vizepräsident, der RSF-Führer Mohamed Hamdan Dagalo, waren an der Macht, als sich zivile Parteien im März 2023 auf einen Rahmen zur Wiederaufnahme eines demokratischen Übergangs im folgenden Monat einigten; Meinungsverschiedenheiten über die militärische Struktur verhinderten jedoch die endgültige Verabschiedung.

Burhan strebte an, die RSF – eine paramilitärische Einheit mit Wurzeln in den Janjaweed-Milizen, die dem ehemaligen Machthaber Omar al-Bashir bei der Niederschlagung von Rebellen geholfen hatten – innerhalb von zwei Jahren unter die Kontrolle der regulären Armee zu stellen, während Dagalo eine Integration erst in nicht weniger als zehn Jahren akzeptieren wollte.

Beide Militärführer haben einen islamistischen Hintergrund, versuchen jedoch, sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft als pro-demokratische Verfechter der Religionsfreiheit darzustellen.

Der Sudan belegte auf der „World Watch List“ (WWL) 2026 von Open Doors Platz 4 unter den 50 Ländern, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Der Sudan war 2021 zum ersten Mal seit sechs Jahren aus den Top 10 der WWL-Liste gefallen, als er Platz 13 belegte.

Nach zwei Jahren der Fortschritte bei der Religionsfreiheit im Sudan nach dem Ende der islamistischen Diktatur unter Bashir im Jahr 2019 kehrte mit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 das Schreckgespenst der staatlich geförderten Verfolgung zurück. Nachdem Bashir im April 2019 nach 30 Jahren an der Macht gestürzt worden war, war es der zivil-militärischen Übergangsregierung gelungen, einige Bestimmungen der Scharia (islamisches Recht) aufzuheben. Sie verbot die Bezeichnung religiöser Gruppen als „Ungläubige“ und hob damit faktisch die Apostasiegesetze auf, nach denen der Austritt aus dem Islam mit dem Tod bestraft wurde.

Mit dem Putsch vom 25. Oktober 2021 befürchteten Christen im Sudan die Rückkehr der repressivsten und härtesten Aspekte des islamischen Rechts.

Das US-Außenministerium strich den Sudan 2019 von der Liste der „Countries of Particular Concern“ (CPC), die „systematische, anhaltende und schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder dulden, und stufte das Land auf eine Beobachtungsliste herab. Zuvor war der Sudan von 1999 bis 2018 als CPC eingestuft worden.

<https://morningstarnews.org/2026/08/two-church-leaders-abducted-in-sudan-are-freed/>

Syrien: Hilfswerk beklagt schleichende Islamisierung

Christlicher Arzt: Neues Parlament wird von islamistischen Strömungen dominiert

Aleppo (IDEA) – Der Mitbegründer des syrischen Hilfswerks „Blaue Maristen“, Nabil Antaki, warnt vor einer schleichenden Islamisierung Syriens rund eineinhalb Jahre nach dem [Sturz](#) des langjährigen Machthabers Baschar al-Assad. Das geht aus einem Schreiben des Arztes aus Aleppo an die „Initiative Christlicher Orient“ (ICO) hervor, über das die österreichische katholische Nachrichtenagentur Kathpress berichtete. Auch die letzten Christen wollten ihre Heimat Antaki zufolge lieber heute als morgen verlassen. Syrien habe zwar wieder offiziell ein Parlament, dessen Zusammensetzung dem Arzt aber große Sorgen bereite. Es besteht aus 140 Abgeordneten, die von lokalen Versammlungen gewählt wurden, und 70, die vom Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa ernannt wurden. Vertreter der ehemaligen salafistischen Rebellengruppen machten ein Drittel der Versammlung aus, weitere 40 seien Mitglieder der Muslimbruderschaft. Der Rest wurde ausgewählt, um eine gewisse Vertretung der Regionen sowie der ethnischen und religiösen Minderheiten zu gewährleisten. Es gebe kein Mitglied der demokratischen und säkularen Opposition gegen das Assad-Regime im neuen Parlament. Christen seien mit nur sechs Abgeordneten vertreten, darunter drei Frauen. Vier dieser christlichen Parlamentarier wurden von Al-Sharaa ernannt. Die Aufgabe des Parlaments bestehe vor allem darin, eine neue Verfassung für Syrien auszuarbeiten. Angesichts der Zusammensetzung des Gremiums zeigt sich Antaki diesbezüglich sehr besorgt.

Verschleierungspflichten und Alkoholverbote auf lokaler Ebene

Die Islamisierung des Landes schreite still und leise voran, so der Arzt. Es gebe zwar keinen Regierungsbeschluss in dieser Richtung, um die Glaubwürdigkeit gegenüber westlichen Regierungen nicht zu verlieren. Doch auf lokaler Ebene würden von den Gouverneuren der verschiedenen Regionen entsprechende Entscheidungen getroffen. Antaki nennt etwa die Entlassung unabhängiger oder christlicher Richter, Verschleierungspflichten und Alkoholverbote an manchen Orten oder auch den Bau von Moscheen auf Universitätsarealen.

Einseitige Aufarbeitung der Kriegsverbrechen

Kritisch äußert sich Antaki auch zur juristischen Aufarbeitung von Assads Herrschaft. Täglich würden Personen, die mit dessen Regime in Verbindung stehen, verhaftet und vor Gericht gestellt. Die Prozesse würden rechtsstaatlichen Verfahren aber nicht gerecht. Zudem kämen nur Anhänger des Assad-Regimes vor Gericht, obwohl auch die Rebellen schwere Kriegsverbrechen begangen hätten.

Provinz Idlib: Christen kehren in ihre Dörfer zurück

Angesichts der Gesamtsituation sei es kein Wunder, dass die Christen ihre Heimat verlassen wollten, in der sie sich nicht mehr „zu Hause“ fühlten. Einen Hoffnungsschimmer sieht der Arzt darin, dass die Bewohner der vier christlichen Dörfer in der Provinz Idlib, die während des Krieges von den islamistischen Rebellen vertrieben wurden, langsam in ihre Heimat zurückkehrten. Ein weiterer Grund zur Hoffnung sei die Unterstützung internationaler katholischer Vereinigungen für die Christen in Syrien.

Wirtschaftslage weiterhin katastrophal

Die wirtschaftliche Lage sei nach wie vor katastrophal, so Antaki: „Die Preise für Grundnahrungsmittel steigen weiter an; die Mieten haben sich innerhalb von anderthalb Jahren verdreifacht. Obwohl die Gehälter bereits zweimal um 200 Prozent erhöht wurden, können die meisten Familien nicht über die Runden kommen.“ Die Dutzenden Investitionsversprechen ausländischer Delegationen seien bislang nicht umgesetzt worden. Auch die nur teilweise aufgehobenen internationalen Sanktionen behinderten den Wiederaufbau.

Das Ausmaß der Korruption geht zurück

Positiv vermerkt Antaki, dass es inzwischen Strom für mindestens 16 Stunden am Tag gibt und oft auch 24 Stunden am Wochenende. Auch die Digitalisierung der Verwaltung und der Kampf gegen die Korruption seien Fortschritte: Man müsse keine Bestechungsgelder mehr zahlen, um auch nur die geringste Formalität zu erledigen. Zum Hintergrund: Seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs 2011 ist die Zahl der Christen im Land laut der Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) dramatisch gesunken. Vor dem Krieg hätten etwa 1,5 bis zwei Millionen Christen in Syrien gelebt – rund zehn Prozent der Bevölkerung. Aktuelle Schätzungen für 2026 gingen davon aus, dass nur noch etwa 300.000 Christen im Land verblieben seien. Das entspreche einem Rückgang von über 80 Prozent.

Tansania: Unzureichende intakte Schulgebäude

Ein Pastor schreibt: „Wir haben unsere Missionsarbeit in weiteren Dörfern aufgenommen und stellen wie immer fest, dass dort Schulen benötigt werden. Wir tun, was wir können, mit Hilfe der Menschen vor Ort, manchmal auch von Eltern und anderen. Sie wissen, dass Schulen gebraucht werden, aber die Regierung baut keine, und so erhalten die Kinder keine Schulbildung. Wir tun, was wir können, und das trägt dazu bei, ein Zeugnis für das Evangelium zu sein. Wir nutzen einige provisorische Unterkünfte, aber das Hauptproblem ist immer, ein Dach zu bekommen. Wir beginnen zunächst mit der Sonntagsschule für die Kinder, danach folgt die Schulbildung und schließlich die Evangelisation der Familien.“

Bridgeway/ WORLDNEWS 332 Bridgeway Publications vom 15. July 2026

Thailand: Zwei israelische Frauen angegriffen

Kritik am Gazakrieg

Von Israelnetz/ 7. August 2026 /Zwei Israelinnen sind am Dienstag in Thailand zusammengeschlagen worden. Eine 62-Jährige besuchte ihre 23-jährige Tochter, die das Land bereist. Auf der Insel Koh Phangan wollten sie einen Wasserfall besichtigen. Ein Mann fragte nach ihrer Herkunft und kritisierte Israels Vorgehen im Gazakrieg. Als sie nicht diskutieren wollten, verprügelte er sie. Die Mutter wurde am Ohr operiert, die Tochter an der Nase. Der Tatverdächtige wurde an einem anderen Ort festgenommen, als er Polizisten angriff. Er hat einen französischen Pass. Die Mutter will in Zukunft verschweigen, dass sie aus Israel stammt. (eh)

USA: Bethel Church stoppt Verkauf von umstrittener Bibelübersetzung

Bibelwissenschaftler kritisieren sie als unzuverlässig

Redding (IDEA) – Die charismatisch geprägte Megakirche Bethel Church (Redding/US- Bundesstaat Kalifornien) hat den Verkauf der englischen Bibelübersetzung „The Passion Translation“ (TPT) vorerst ausgesetzt. Fachkundige Organisationen prüften derzeit Bedenken gegen die Übersetzung, teilte die Gemeinde auf ihrer Webseite mit. „Als Führungsteam haben wir uns mit den Bedenken bezüglich der Übersetzung ‚The Passion Translation‘ auseinandergesetzt“, heißt es in der Stellungnahme. Die Prüfung brauche Zeit. „Bis wir mehr Klarheit haben, setzen wir den Verkauf von ‚The Passion Translation‘ in unseren Filialen vorübergehend aus.“ Bethel hatte eine Sonderausgabe des TPT-Neuen Testaments mit einem Vorwort von Senior Pastor Bill Johnson vertrieben. Die zugehörige Werbeseite blieb online, der Kauf-Link funktionierte jedoch nicht mehr. Ein Video und ein Empfehlungszitat Johnsons waren weiterhin abrufbar. Darin bezeichnete er die Übersetzung als „eines der großartigsten Ereignisse, das ich erlebt habe“.

Was Bibelwissenschaftler kritisieren

Die „Passion Translation“ erschien 2011 erstmals als Neues Testament. Die Übersetzung des Alten Testaments ist für 2029 geplant. Als Hauptübersetzer nennt der Verlag BroadStreet Publishing Group den US-Prediger Brian Simmons. Nach eigenen Angaben verfolgte Simmons nach einer Vision das Ziel, „Gottes ewige Wahrheit in eine äußerst lesbare, das Herz ansprechende Sprache zu übertragen“. Bibelwissenschaftler kritisieren die Übersetzung, da sie unter anderem durch zusätzliche Erklärungen und theologische Deutungen keine verlässliche Wiedergabe des Bibeltextes biete. Eine Petition mit bislang mehr als 19.000 Unterschriften fordert die weltweit am häufigsten heruntergeladene Bibel-App „YouVersion“ auf, die Übersetzung aus dem Angebot zu nehmen.

USA: Bundesstaat Massachusetts erlaubt Abtreibungen bis zur Geburt

Mehrere Lebensrechtsorganisationen kritisieren das Gesetz scharf

Boston (IDEA) – Die Gouverneurin des US-Bundesstaates Massachusetts, Maura Healey (Demokraten), hat ein Gesetz unterzeichnet, das vorgeburtliche Kindstötungen bis unmittelbar vor der Geburt ermöglicht. Wie das Nachrichtenportal Christian Post berichtet, sind damit nun in elf von 50 US-Bundesstaaten sowie in der Hauptstadt Washington D.C. Abtreibungen ohne zeitliche Begrenzung erlaubt. In Massachusetts galt bisher die 24. Schwangerschaftswoche als Schwelle. Danach waren Abtreibungen nur zulässig, wenn das Leben oder die Gesundheit der Mutter bedroht waren, eine vorgeburtliche Fehlbildung vorlag oder das Kind außerhalb des Mutterleibs ohne erhebliche medizinische Hilfe nicht überlebensfähig gewesen wäre. Das neue Gesetz streicht diese konkreten Bedingungen und überlässt die Entscheidung dem behandelnden Arzt. Zudem entfällt die Pflicht, Abtreibungen nach der 24. Woche in einem Krankenhaus durchzuführen. Die Demokraten hatten das Gesetz im Eilverfahren durch das Parlament gebracht. Im Juli hatte es das Repräsentantenhaus (das Unterhaus) des Staates mit 119 zu 35 Stimmen passiert. Dabei hatten sämtliche Republikaner und auch zehn Demokraten dagegen gestimmt.

Eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen

Mehrere Lebensrechtsorganisationen reagierten mit scharfer Kritik. Die Präsidentin der Lebensschutzorganisation „Massachusetts Citizens for Life“ (Bürger von Massachusetts für das Leben/Walpole), Myrna Maloney Flynn, bezeichnete die Verabschiedung des Gesetzes in einer Mitteilung als eine der „schwersten Menschenrechtsverletzungen“. Sie warnte vor „passiver Gleichgültigkeit“ gegenüber Spätabtreibungen. Die Geschichte zeige, was solche Gleichgültigkeit für Menschen bedeute, die von der Gesellschaft als „weniger als menschlich“ eingestuft und nicht für schutzwürdig gehalten würden. „Unglücklicherweise wiederholt sich die Geschichte – zum Nachteil der Frauen in Massachusetts und ihrer ungeborenen Kinder.“

Geborene Kinder werden gerettet, ungeborene dürfen getötet werden

Die Präsidentin des Nationalen Komitees für das Recht auf Leben (National Right to Life/Alexandria im Bundesstaat Virginia), Carol Tobias, erklärte einer Mitteilung zufolge, die Gouverneurin und das Parlament von Massachusetts hätten den letzten Schutz für ungeborene Kinder beseitigt, die Schmerz empfinden oder außerhalb des Mutterleibs überleben könnten. Während Frühgeborene auf Intensivstationen versorgt würden, um ihr Leben zu retten, erlaube Massachusetts nun Abtreibungsärzten, das Leben gleichaltriger oder sogar älterer Kinder zu beenden.

Forderung nach bundesweiten Gesetzen zum Schutz der Ungeborenen

Auch die Präsidentin der Lebensrechtsbewegung „Susan B. Anthony List“ (Arlington/Bundesstaat Virginia), Marjorie Dannenfelser, kritisierte die Unterzeichnung des Gesetzes scharf. Es müsse „das Gewissen erschüttern, dass Zehntausende ungeborene Amerikaner jedes Jahr barbarisch Glied für Glied zerstückelt und auseinandergerissen werden“. Diese Zahl werde durch die Verabschiedung des neuen Gesetzes weiter steigen, wie Dannenfelser einer Mitteilung zufolge erklärte. Sie forderte die Republikanische Partei in diesem Zusammenhang auf, ihre Position aufzugeben, Abtreibungsregelungen allein den Einzelstaaten zu überlassen. Ohne nationale Gesetze zum Schutz ungeborener Kinder blieben die USA eines von nur acht Ländern weltweit, die Abtreibungen zu jedem Zeitpunkt der Schwangerschaft erlaubten. Zum Hintergrund: Das der Lebensrechtsbewegung nahestehende Charlotte-Lozier-Institut in Arlington schätzt, dass in den USA jährlich über 60.000 Abtreibungen nach der 15. Schwangerschaftswoche vorgenommen werden.

Weltweit: Religionsfreiheit ist kein „Recht der Frommen“

Weltweit gibt es eine „dramatische Fülle“ an Verletzungen der Religionsfreiheit. Dies erklärte der Experte Dr. Heiner Bielefeldt in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte in Berlin.

In der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte zum dritten Bericht der deutschen Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit thematisierten die eingeladenen Sachverständigen in Berlin die Religionsfreiheit in der Welt.

Auf die „dramatische“ Fülle „höchst unterschiedlicher“ Verletzungen von Religionsfreiheit rund um den Globus machte Prof. [Dr. Dr. h. c. Heiner Bielefeldt](#), Professor für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, aufmerksam. „Verletzungen der Religionsfreiheit finden in allen Lebensbereichen statt“, erklärte Bielefeldt. Die Religionsfreiheit zu stärken, ergebe nur Sinn, wenn man sie als Menschenrecht begreife. Umgekehrt setze ein volles Verständnis der Menschenrechte den Respekt der Religionsfreiheit voraus. Diese sei sonst „entmenschlicht“. Es wäre fatal, zwischen beiden künstliche Antagonisten zu konstruieren.

Religionsfreiheit ist kein „kein Sakralrecht“

Die Religionsfreiheit sei auch „kein Sakralrecht“ oder „Recht der Frommen“. „Berechtigte sind alle Menschen“, machte der Wissenschaftler klar. Auch die Freiheit, keine Religion auszuüben, gehöre dazu. „Auch bekennende Atheisten können sich auf sie berufen.“ Indem man die Infrastruktur der Menschenrechte stärke, werde der Religionsfreiheit am besten geholfen.

Kein Menschenrecht werde so unmittelbar gefühlt wie die Religionsfreiheit. Und um mit Missverständnissen auszuräumen: Religionsfreiheit ist ein individuelles Menschenrecht auf die freie Ausübung des Glaubens oder auch des Nichtglaubens – und kein Recht der Religionen. Die strikte Durchsetzung von religiösen Normen oder Dogmen – wie die Beschneidung von Frauenrechten im Iran oder die Blasphemiegesetze in Pakistan – hat nichts mit Religionsfreiheit zu tun und verletzt die Menschenrechte.

Schirmmacher: Religion als Teil der Demokratie

Dass Deutschland einen eigenen Bericht zum weltweiten Zustand der Religionsfreiheit vorlege, sei wichtig, sagte Erzbischof Prof. Dr. theol. Dr. phil. Dr. mult. Thomas Schirmmacher. Die darin festgestellten Dinge würden ansonsten nicht öffentlich gemacht. Außenpolitik brauche diese „effektiven Informationen“. Religion und Weltanschauung sind „konstitutiv für das Menschsein“, für unsere innersten Überzeugungen, unsere Identität, so der Schirmmacher. Das gelte für Muslime wie für Humanisten.

In Deutschland herrsche zwar eine Trennung von Religion und Staat, aber Religion und Politik ließen sich nicht trennen. Religion sei Teil der Demokratie. Die Religionsfreiheit durchziehe auch sämtliche Menschenrechte. „Ich kann die Thematik nicht herausnehmen.“ Immer müsse man auf die hinter einer individuellen Entscheidung liegende weltanschauliche Motivation eingehen. Kaum ein Menschenrecht werde individuell „so unmittelbar gefühlt“.

Verfolgung von Christen

Der Philosoph und [Politologe Mag. Dr. Christian Machek](#) mahnte, neben der berechtigten Beschäftigung mit den Phänomenen des Antisemitismus oder der Islamophobie die Verfolgung von Christen nicht zu vergessen und kritisierte, die Bundesregierung müsse die richtigen Prioritäten setzen. Die weltweit meist verfolgte Religion sei das Christentum. Dieser Aspekt fehle aber in dem Bericht.

Weltweit solle man anderen Religionen und Wertvorstellungen mit Respekt, nicht belehrend, begegnen. „Der Säkularismus kann nicht die alleinige Norm sein. 85 Prozent der Menschen bekennen sich irgendwie.“ Wichtig sei, in einen Dialog zu treten.

Ausführlicher Bericht der Anhörung zum „Dritten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit“: [Link](#)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]